

Beschluss aus der Sitzung des Stadtrates vom 01.10.2019

Michael **Schaller**
Fraktionsvorsitzender

Franz-Marc-Straße 25
93133 Burglengenfeld
eMail michl.schaller@t-online.de
Mobil 0170/4772900

www.csu-burglengenfeld.eu

Ausschreibung eines Stadtgasanbieters für die Zeit vom 01.01.2020 – 31.12.2022

Ausgangslage:

1. Die Stadt hat mit ihren 10 Heizungsanlagen einen Verbrauch von ca. 1,9 Mio. kWh / Jahr.
2. Aktuell (bis 31.12.2019) wird ausschließlich fossiles Erdgas bezogen.
3. Bei Kosten von ca. 2 Cent (reiner Energiepreis) sind das tagesaktuell im Jahr ca. 39.000 € zzgl. Energiesteuer, Netzentgelte und weiterer Abgaben. Ausgeschrieben wird nur der Energiepreis, weil die anderen Positionen nicht beeinflussbar sind. Als Zeitraum werden wieder 2 Jahre festgelegt.

Mögliche Varianten:

1. Es wird alles beim Alten belassen und eine rein fossile Erdgasbelieferung ausgeschrieben. Hierbei hätte man geschätzt ca. 39.000 € Ausgaben im Jahr.
2. Es werden dem „normalen“ (fossilen) Erdgas 10 % Biogas beigemischt. Dieses Gas wird auch in regionalen Biogasanlagen gewonnen. Man kauft also „regional(er)“ ein. Hier muss mit einem Zuschlag von ca. 0,45 – 0,70 Cent je KW/h gerechnet werden. Auf unseren Verbrauch bezogen also ca. 8.500 – 13.000€ im Jahr mehr. Das sind Mehrkosten von ca. 21 – 33%.
3. Es wird „Klimagas“ ausgeschrieben. Hier wird laut Erklärung eines herangezogenen Experten allerdings ganz normales, also fossiles Erdgas geliefert. Mit dem Erdgas erwirbt man hier Zertifikate (z.B. Goldstandard). Diese Zertifikate versprechen anderweitige Ausgleichsmaßnahmen, die in der Regel in Schwellenländern durchgeführt werden. Hierbei handelt es sich z.B. um Baumpflanzungen oder auch die Errichtungen von Photovoltaikanlagen weltweit. Diese Zertifikate kosten einen erheblichen Aufschlag von ca. 1,3 – 1,6 Cent. Bei unserem Verbrauch macht das ca. 25.000 – 30.000 € Mehrkosten im Jahr aus. Das wären Mehrkosten von ca. 64 – 77 %.
4. Es wird gemäß Variante 2 Gas mit 10 %iger Biogasbeimischung bezogen. Zusätzlich werden innerhalb der zweijährigen Laufzeit für mindestens 50.000,00 € Baumpflanzungen vor Ort vorgenommen.

Standpunkt der CSU:

Die Stadt ist gem. Art 61 Abs. 2 Satz 1 GO zunächst an eine sparsame und wirtschaftliche Haushaltsführung gebunden. Das heißt, dass hier durchaus auf den Preis geschaut werden muss und nicht aus hehren Motiven jedweder Preis gezahlt werden kann.

Variante 3 fällt aus diesem Grund von vornherein weg. Aus unserer Sicht kann man mit dem dann weniger ausgegebenen Geld z.B. die städtische Fahrzeugflotte auf CNG-Betrieb umstellen und leistet damit zum einen aktiven Umweltschutz vor Ort, zum anderen sichert man den Standort der lokalen CNG Tankstelle in Burglengenfeld.

Zu überlegen war somit, ob man tatsächlich das billigste Produkt kauft, oder ob man auch auf einen namhaften Anteil in unserer Region produzierten Biomethans (Biogas) setzt, weil dieses nicht nur auf Dauer wirtschaftlicher ist, sondern auch der lokalen Wertschöpfung dient und dadurch vor Ort etwas für die Umwelt getan wird.

Unsere Entscheidung fiel dabei auf Variante 2. Diese führt zwar bereits zu Mehrkosten von ca. 21 – 33 %, ist aber in ihrer Gesamtheit betrachtet die wirtschaftlichste Lösung, weil die Mehrkosten im Rahmen liegen und damit nachhaltig geheizt wird. Es wird bezahlbar CO² eingespart und die Produktion von Biogas wird gefördert.

Variante 1, also ein „weiter so“, kam für uns nicht in Frage. Der Klimawandel ist nicht von der Hand zu weisen. Hier rein auf fossile Brennstoffe zu setzen wäre auch im Hinblick auf das erst kürzlich im Stadtrat beschlossenen Klimaschutzkonzept nicht zu verantworten.

Abstimmungsergebnis im Stadtrat:

Bei einer ersten Abstimmungsrunde erhielt tatsächlich kein Vorschlag eine Mehrheit.

Das hätte bedeutet, dass ab Januar kein Gasliefervertrag für unsere Schulen und weiteren Einrichtungen mehr bestanden hätte. Die Marktpreise ziehen im Hinblick auf den nahenden Winter derzeit zudem bereits merklich an, so dass dringender Handlungsbedarf bestand.

Zu guter Letzt wurde dann Variante 2 als eine Kompromisslösung zwischen CSU, FWL und der BWG mehrheitlich verabschiedet. Dieser beinhaltet neben dem Bezug von Gas mit 10 % Biomethan-Anteil die Einstellung von jeweils 25.000 € für Klimaschutzprojekte in den städtischen Haushalt in den nächsten zwei Jahren. Dies, ohne dass damit heute bereits eine genaue Festlegung erfolgt, für welche Klimaschutzmaßnahme dieses Geld letztlich eingesetzt wird.

Dies soll aus unserer Sicht das mit Bürgerbeteiligung erarbeitete Klimaschutzkonzept feststellen. Die nun gelegentlich der Vergabe „Stadtgas“ erfolgte Entscheidung für Finanzmittel in diesem Bereich ist dadurch im Übrigen keineswegs abschließend geregelt.

Michael Schaller